

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



Wünsch dir was – probiere die Wunschvisualisierungsmaschine (WVM 26) aus!

AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Zusammenbewegen

Am 20. September wählt Mecklenburg-Vorpommern einen neuen Landtag. Doch diese Wahl ist mehr als eine Landtagswahl: Sie gilt als Gradmesser für die politische Stimmung im Osten – und für Entwicklungen, die längst die ganze Bundesrepublik betreffen. Wir erkunden – unterwegs mit «Zusammen bewegen» – was dieses Land bewegt.¹

Die rechtsextreme AfD liegt im Land seit Monaten in den Umfragen vorn. Dabei gerät leicht aus dem Blick, dass die grosse Mehrheit der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern auf dem Boden der Demokratie steht. Stellvertretend dafür fährt ein kleiner, himmelblauer Bus seit Monaten durch Dörfer und Kleinstädte Mecklenburg-Vorpommerns. Er gehört zum Bündnis «Zusammen bewegen».

«Eis to meet you»

Wenn GABI hält, dauert es nicht lange, bis sich eine Traube Kinder vor dem Softeis-Bus mit diesem Namen bildet. Auch Erwachsene bleiben neugierig stehen, schauen und kommen dazu. «Eis to meet you» prangt in geschwungenen Lettern über der Windschutzscheibe. Und tatsächlich wird GABI schnell

zum Treffpunkt für Gespräche: über den Liniensbus, der am Wochenende nicht fährt. Die Arztpraxis, die dicht gemacht hat. Den fehlenden Jugendtreff. Oder die Tochter, die nach der Ausbildung wahrscheinlich fortzieht, weil sie hier keine Perspektive sieht. Der Softeis-Bus ist aber nur eines von vielen Aktionsformaten, mit denen «Zusammen bewegen» Menschen miteinander ins Gespräch bringt. Anderswo treffen sie sich beim Klönschnack, rund um eine Hüpfburg, an der Haustür, bei Aufräumaktionen oder lassen ihre Wünsche von einer Maschine in Bilder verwandeln. Die Formen wechseln, die Idee bleibt: «Zusammen bewegen» geht dorthin, wo Menschen leben, und schafft Begegnungen.

Entstanden ist die Idee bereits 2025. Initiativen aus verschiedenen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns begannen, sich darüber

Liebe Leser:innen,

in der Schweizer Ausgabe dieser Archipel-Nummer werden Sie zwei Einladungen vorfinden: Am 15. September organisiert der Freundeskreis Cornelius Koch und das Europäische Bürger:innen Forum (EBF) eine Veranstaltung in Bern für die Abschaffung des Solidaritäts-Delikts. Anschliessend werden die 10.000 gesammelten Unterschriften der Petition zum gleichen Thema an das Bundesparlament übergeben. Genaue Infos sind in der Beilage und auf der Homepage des EBF zu finden.

Am 26. September findet die gesamtschweizerische Kundgebung «Zwischen uns keine Grenzen» statt, die «Solidarité sans frontières» in Bern organisiert. Alle Infos dazu unter www.sosf.ch. Wir freuen uns, wenn möglichst viele Menschen an diesen beiden Anlässen teilnehmen.

Euer Redaktions-Team

auszutauschen, wie sie im Wahljahr ihre Kräfte bündeln und gemeinsam sichtbarer werden können. Anfang 2026 fiel der Startschuss für «Zusammen bewegen». Seitdem ist ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis entstanden.

Vereine und Kirchengemeinden, Gewerkschaften und Sozialverbände, Umweltinitiativen und Kulturprojekte bringen unter-

schiedliche Erfahrungen und Perspektiven zusammen. Mehr als 1000 Menschen und Organisationen sind inzwischen landesweit vernetzt. Was sie verbindet, sind Fragen, die vielerorts ähnlich sind: Was brauchen Menschen, um in ihren Dörfern und Städten gut leben zu können – und was muss sich dafür verändern?

Antworten darauf findet das Bündnis in den Gesprächen vor Ort. «Zusammen bewegen» sammelt und dokumentiert die Anliegen, bündelt wiederkehrende Themen und trägt sie über Gespräche mit Verantwortlichen, Stellungnahmen und öffentliche Aktionen in die politische Debatte. So werden aus persönlichen Anliegen gemeinsame Themen – viele einzelne Stimmen erhalten politisches Gewicht.

Die Mehrheit zeigt Gesicht

Damit auch die Menschen hinter diesen Stimmen ein Gesicht bekommen, reist die Fotografin Sabina von Kessel seit Monaten durch Mecklenburg-Vorpommern. Für die Aktion «Wir zeigen Gesicht. Für ein welt-offenes MV» hat sie inzwischen mehr als hundert Menschen porträtiert. Unter ihnen sind Menschen mit Migrationsgeschichte, Schüler:innen, Ehrenamtliche, Unternehmer:innen, Polizist:innen, Kirchenvertreter:innen sowie Kulturschaffende. Hinter den Bildern stehen persönliche Geschichten von Haltung, Zivilcourage und Verantwortung – im Beruf, im Ehrenamt oder im privaten Umfeld.

Sie stehen stellvertretend für Tausende, denen Demokratie, Vielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt wichtig sind. In den Wochen vor der Wahl sollen die grossformatigen Porträts im ganzen Land im öffentlichen Raum hängen – zwischen den Wahlplakaten der Parteien. Dort erinnern die Gesichter daran, um wen es bei dieser Wahl eigentlich geht: um die Menschen im Land, ihre Vor-

stellungen vom Zusammenleben und ihre Erwartungen an die Politik.

Was auf dem Spiel steht

Doch wie fragil die Strukturen hinter einer lebendigen Zivilgesellschaft sein können, zeigte sich im Juni 2026 im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Dort wurde die Förderung über das Bundesprogramm «Demokratie leben!» beendet. Projekte und Angebote, die über Jahre aufgebaut wurden, stehen vor einer ungewissen Zukunft. Dabei geht es um mehr als Fördergelder. An der Förderung hängen ganz konkrete Angebote: Jugendfreizeiten und Medienworkshops, Adventsfeiern für Senior:innen, Musikfestivals, Beratungsstellen und Begegnungsorte. Gerade im ländlichen Raum sind es solche Angebote, die Menschen zusammenbringen und Teilhabe ermöglichen. Wenn sie einmal verschwunden sind, lassen sie sich nicht so einfach ersetzen. Wie lebendig Demokratie vor Ort bleibt, hängt auch davon ab, ob solche Projekte erhalten bleiben – und ob diejenigen, die sie tragen, dauerhaft handlungsfähig sind.

Jetzt zählt jede Stimme

Kurz vor der Wahl geht es für «Zusammen bewegen» deshalb um jede einzelne Stimme: Jede und jeder kann mitentscheiden, wie es in Mecklenburg-Vorpommern weitergeht. Wer am 20. September wählt, entscheidet mit darüber, ob Mecklenburg-Vorpommern offen und frei bleibt und ob Menschen weiterhin mitreden, mitgestalten und sich einmischen können. Das Bündnis fordert dazu auf, genau hinzusehen: Welche Parteien ermöglichen demokratische Teilhabe, stärken eine unabhängige Zivilgesellschaft und stellen sich gegen Ausgrenzung? Und welche haben den Mut, gemeinsam mit den Menschen neue Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft zu finden? In den letzten Tagen vor der Wahl trägt «Zusammen bewegen» diese

Botschaft noch einmal auf die Strasse. Am 12. September mobilisiert das Bündnis unter dem Motto «Segel setzen für ein solidarisches MV» zu Demonstration, Kundgebung und Konzerten in Rostock. Am 18. September folgt ein letzter grosser Aktionstag in Schwerin. Zwei Tage später liegt die Entscheidung bei den Wähler:innen.

Und danach?

Am 20. September ist die Wahl vorbei. Für «Zusammen bewegen» beginnt damit die nächste Etappe. Denn unabhängig davon, wie die neuen Mehrheiten aussehen, wird es eine starke Zivilgesellschaft brauchen: eine, die genau hinschaut, den Finger in die Wunde legt und dafür kämpft, dass demokratische Teilhabe, Zusammenhalt und soziale Infrastruktur nicht unter die Räder kommen. «Zusammen bewegen» hat in den vergangenen Monaten die Basis dafür geschaffen, dass die Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam stärker auftreten kann. Nach der Wahl wird es darauf ankommen, diese Stärke zu nutzen – politisch, aber auch ganz praktisch. Denn schon heute springt die Zivilgesellschaft dort ein, wo staatliche Angebote fehlen oder wegbrechen. Sie ermöglicht Begegnung, organisiert Unterstützung und schafft Räume, in denen Menschen nicht allein bleiben.

Und GABI? Die wird weiterfahren. Auf Dorfplätze und zu Festen, in kleine Städte und Gemeinden. Die Klappe geht auf, das Eis wird gezapft, Menschen bleiben stehen und kommen ins Gespräch. Denn was sie bewegt, verschwindet nicht mit dem Wahltag.

Ina Gross-Bajohr*

*Die Autorin ist Pressesprecherin von «Zusammen bewegen» und hat diesen Artikel für Archipel geschrieben. Herzlichen Dank, Ina!

1. Mehrere Mitglieder des Europäischen Bürger:innen Forums in Deutschland sind sehr engagiert in dieser neuen Bewegung.

UKRAINE

Ein Augenschein vor Ort

Anfang August war eine Delegation des Europäischen Bürger:innen Forums (EBF) in Transkarpatien (Westukraine). Ein Schwerpunkt unseres Aufenthalts war der Besuch bei der Roma-Initiative ROMEN von Rada Kalandija in Mukatschewo.

Rada ist zu Kriegsbeginn mit ihrem Mann und ihrer Tochter sowie anderen Familienmitgliedern von ihrem Wohnort im Donbas nach Transkarpatien geflüchtet.

Da sie sich bereits im Osten als Romni und Menschenrechtsaktivistin für ihre Community eingesetzt hatte, wurde sie von der gesamtukrainischen Roma-Organisation Chi-

ricli angefragt, ob sie in der grossen Roma-siedlung («Tabor») von Mukatschewo als Mediatorin Sozialarbeit leisten könnte. Die meisten der über 15.000 Menschen leben in grösster Armut: stigmatisiert, oft ohne Papiere und ohne Zugang zu Bildung. Die medizinische Versorgung ist nicht gewährleistet und elementare Menschenrechte werden missach-

tet. Seit ihrer Ankunft versucht Rada, nachhaltige Veränderungen zu bewirken, und hat ein Beratungs- und Unterstützungszentrum vor allem für Romafrauen gegründet.

Andreas Schwab, der Gemeindepräsident von Bremgarten bei Bern, war Mitglied unserer jetzigen Delegation. Im September 2025 hatte er Rada zur Vorstellung ihrer Initiative und zur Übergabe eines Förderbeitrages persönlich in seine Gemeinde eingeladen, die an einer Partnerschaft mit einem Projekt in der Ukraine interessiert ist.

Solidarische Gemeinden

In der Folge engagierten sich noch drei weitere Gemeinden aus dem Raum Bern im selben Sinne. Für die Verwendung des gesammelten Geldes, das über das Konto des EBF lief, wurde ein Vertrag zwischen ROMEN und dem EBF abgeschlossen. Ein erster Teil der Sammlung wurde für die Wasserversorgung aufgewendet – es gab bisher kein Trinkwassersystem in der Siedlung. So wurden zwanzig Grundwasserbohrungen durchge-



führt und ebenso viele Handpumpen installiert – ein grosser Fortschritt mit einfachen Mitteln. Die letzte Bohrung wurde anlässlich des Besuches unserer Delegation realisiert. Wir konnten direkt vor Ort an zahlreichen Stellen diese öffentlich zugänglichen Trinkwasserpumpen in Augenschein nehmen und uns kurz in der Sommerhitze erfrischen. Der zweite Teil des Geldes wird für die tägliche Arbeit von Rada und ihrem Team benützt: Alphabetisierungskurse für Kinder, juristische Beratung, Aufklärung vor allem der Frauen und Mädchen über ihre Rechte.

Der regionale Vertreter des ukrainischen

Ombudsmannes, Andrij Kriuchkov, kam zu unserem Treffen mit Rada und ihrem Team hinzu. Er berichtete ausführlich über die schwierige Situation der Roma in Transkarpatien und über seine amtliche Funktion. Seine Aufgabe ist es, das Parlament über Menschenrechtsverletzungen und die Missachtung elementarer Grundrechte zu unterrichten und die verschiedenen Akteure zum Handeln aufzurufen. Sein Team hat über die Roma in Transkarpatien einen «Atlas» veröffentlicht, der die Misere und Ausgrenzung anprangert und konkrete Massnahmen verlangt.

Unsere Reise dauerte rund eine Woche

und wir besuchten noch verschiedene Initiativen der Zivilgesellschaft, die sich für die Geflüchteten aus den Kriegsgebieten einsetzen. Wir kamen mit zahlreichen Menschen ins Gespräch und hörten ihren Schicksalen zu. Sie schätzten unseren Besuch, weil sie spürten, dass sie – auch im Ausland – nicht vergessen werden. Tief berührt und beeindruckt sind wir zurückgekehrt – in unseren trügerischen Frieden.

Michael Rössler

UKRAINE

Musik im Krieg

Die transkarpatische Folkloregruppe «Hudaki Village Band», gegründet vor 25 Jahren von unserem Korrespondenten Jürgen Kräftner, gab zu Sommerbeginn einige Solidaritätskonzerte für Kriegsoffer in Lviv, Zaporizhia und Kriviy Rih. In ihrer traditionellen Musik verschmelzen slawische Gesangstradition, rumänische Melodien, jüdische Rhythmen und das Temperament der Roma zu einer vitalen, lokalen Kulturmischung, die sich über Jahrhunderte des Zusammenlebens entwickelt hat.*

Vorbemerkung: Ich schreibe diesen Bericht einen Tag nach einem weiteren Angriff Russlands auf die Ukraine. Binnen weniger als einer Woche wurden über 50 Zivilist:innen getötet, ganze Familien wurden ausgelöscht. Von den Angriffen auf die grenznahen Städte

wie Tschernihiw, Sumi oder Charkiw wird im Ausland kaum mehr berichtet.

Auf das Leben vorbereiten

Am ersten Tag unserer Reise gaben wir ein Konzert in der grossen, privaten Klinik für

Kriegsversehrte mit dem Namen «Superhumans» am Stadtrand von Lviv. Es war nicht unser erster Auftritt vor schwerverletzten Soldaten. Aber Superhumans ist etwas Besonderes. Das von wohlhabenden ukrainischen Unternehmern 2022 gegründete Rehazentrum für Soldat:innen und Zivilist:innen betreut permanent etwa 200 Patient:innen, täglich werden neue aufgenommen. Natürlich hatten wir etwas Angst vor dem Treffen mit so vielen vom Krieg versehrten Menschen. Der erste Anblick ist denn auch bedrückend, überall Männer und unerwartet viele Frauen, denen ein, zwei oder sogar drei Gliedmassen zum Teil völlig fehlen. Manche von ihnen haben bereits Prothesen, manche noch nicht. Aber die Arbeit des Ärzt:innen- und Betreuer:innenteams von Superhumans schafft eine ausserordentlich gelöste, positive Stimmung, und die übertrug sich auch auf uns. Wir hörten von den Balkonen lautes Lachen, wir spürten den tiefen Respekt und die Zuneigung, ein krasser Unterschied zum üblichen ukrainischen Krankenhausbetrieb. Superhumans hat für die Verletzten viel zu bieten: Psychische

und physische Vorbereitung auf das Leben mit den Prothesen, Physiotherapie inklusive Schwimmbad. Die Prothesen werden vor Ort hergestellt und angepasst. Neuerdings werden hier sogar Gesichtstransplantationen durchgeführt. Unter den medizinischen Kuratoren befinden sich führende Ärztinnen und Ärzte aus Europa und den USA. Die Klinik wird von zahlreichen ausländischen und ukrainischen Sponsoren unterstützt, zum Beispiel Howard Buffet und Richard Branson (Virgin). Um die Patient:innen auf ihre Rückkehr ins Leben vorzubereiten, werden verschiedene Formen der individuellen und gemeinsamen Kreativität angeboten, und dazu gehört auch Musik. Ein Team bestehend aus Patient:innen und Betreuer:innen hatte mehrere unserer Lieder mit elektronischen Beats bereichert und am Schluss unseres Konzerts gaben wir eine gemeinsame Kostprobe, das machte allen Beteiligten grossen Spass.

Nahe der Front

Von Lviv fuhren wir 1000 km in Richtung Osten bis nach Zaporizhia. Nach der letzten Abzweigung von Dnipro machte sich bemerkbar, dass die Front nahe ist. Vorwiegend Militärfahrzeuge waren unterwegs und der grosse Kontrollposten etwa 10 km vor der Stadt ist mit Netzen vor Drohnen geschützt. Aber am nächsten Morgen empfing uns die Stadt mit regem Leben. Es waren die letzten Schultage, bei strahlendem Wetter waren die Strassen voller fröhlicher und festlich gekleideter Jugendlicher, die Kaffees und Restaurants überfüllt. Wir hatten Glück: Es folgte zwar ein Luftalarm beinahe nahtlos auf den anderen, aber während der zweieinhalb Tage in der Industriestadt erlebten wir kaum direkte Angriffe. Die Front verläuft hier nur 30 km weiter südlich. Ein Telegramkanal gibt in Echtzeit Auskunft über drohende Gefahr, so waren auch wir permanent im Bilde (<https://t.me/eyes-everywhere-ua>). Vor

noch zwei, drei Monaten sei es sehr schlimm gewesen, erzählten uns Einheimische. Zeitgleich konnte man mehrere Drohnen in verschiedenen Richtungen fliegen sehen und dann live die Einschläge mitverfolgen. FPV-Drohnen zerstörten fahrende Autos mitten in der Stadt. Gleitbomben zerstörten ganze Wohnblöcke.

Trotz der ständigen Gefahr leben in Zaporizhia zahlreiche Geflüchtete aus den besetzten Gebieten vor allem aus der Südukraine. Unser erstes Konzert haben wir für solche Menschen gegeben, organisiert von der lokalen Caritas. Für diese Leute aus der Südukraine ist unsere transkarpatische Musik beinahe so exotisch wie ein Konzert zentralafrikanischer Pygmäen, was der Begeisterung keinen Abbruch tat.

Ein völlig abwesender Blick

Am nächsten Tag hatten wir ein unvergessliches Erlebnis, unsere erste Zusammenarbeit mit den «Cultural Forces», einer offiziellen Einheit der ukrainischen Armee (<https://culturalforces.org/en/>). In einem grossen Schutzraum gaben wir ein Konzert vor etwa 50 Soldaten eines Sturmregiments. Zum Glück halfen uns unsere Kollegen, ebenfalls Musiker, die diesen Job bereits seit 2022 machen, denn es war nicht einfach. Erst danach hörte ich vom Begriff des «2000-Yard Stare», und für etwa ein Drittel der anwesenden, mehrheitlich jungen Soldaten war es der zutreffende Ausdruck: Ein völlig abwesender Blick verrät extreme psychische Auszehrung. Das Regiment kämpft seit Jahren an den heissesten Frontabschnitten, Charkiw, Bachmut, Avdijivka, Kursk, Hulaipole. Und doch war der Kontakt zum Schluss unseres vierzigminütigen Konzerts überaus herzlich. Wir haben die Männer zum Fronturlaub zu uns eingeladen, wer weiss ob mal jemand auftaucht. Wenn sie bloss das Kriegsende erleben. Von diesem Auftritt durften wir begreif-

licherweise keine Fotos machen.

Die Musiker und andere Künstler der «Cultural Forces» besuchen Einheiten bis unmittelbar an der Front. Unser Bekannter erzählte uns von kleinen Konzerten in überdeckten Schützengräben.

Von Zaporizhia fuhren wir weiter nach Kriviy Rih, die grosse Stahlindustriestadt in der Südukraine. Die direkte Strecke verläuft über Nikopol am Dnipro, zu nahe der Front, häufig werden zivile Autos von russischen Drohnen zerstört, also machten wir lieber einen kleinen Umweg. Kriviy Rih ist gross, mit Schwerindustrie und Eisenerzabbau soweit das Auge reicht, und provinziell zugleich. Das Stadtzentrum war zum letzten Schultag voller feiernder Jugend, nur mit Mühe kamen wir zu einem Mittagessen. Dabei sind überall die Zerstörungen zu sehen.

Auch das legendäre alternative Kulturzentrum «Shelter Plus» war an dem warmen Frühsommertag restlos gefüllt. Bei «Shelter Plus» haben wir Gleichgesinnte kennengelernt, mit denen wir hoffentlich bald wieder zu tun haben werden. Das grosse Team ist sehr vielseitig engagiert, besonders im Jugendtheater und seit 2022 in der Flüchtlingsbetreuung. Die Sozialarbeit haben sie inzwischen wieder den staatlichen Stellen überlassen (<https://shelter-plus.com/eng>).

Bei der Abfahrt von Kriviy Rih verirrt uns in einer der Industriegegenden; das GPS war gestört und wollte uns weismachen, wir wären in Peru. Dies ist Ausdruck des Humors der ukrainischen elektronischen Kriegsführung. Das gut funktionierende Störsystem heisst denn auch «Lima Quant» und bietet immerhin einen teilweisen Schutz vor russischen Drohnen und Gleitbomben.

Jürgen Kräftner

*Hudaki Village Band (www.hudakivillageband.com) hat ihre sechste CD «Hey Dole» produziert. Sie ist erhältlich bei: hudakivillageband@gmail.com

UKRAINE

Der allgegenwärtige Tod

Die Partnerin eines Soldaten zu sein, bedeutet, sich mit den Umständen abzufinden. Aber an die Angst gewöhnst du dich nicht.

Da ist die Wohnung, in der du wohnst, zusammen mit deiner Katze, einer Motte in den Haferflocken auf dem Regal und ein paar Zimmerpflanzen. Aber dauernd begleitet dich die Angst vor dem Tod. Sie sitzt neben dir auf dem Küchenhocker und frühstückt mit dir. Der Tod steht hinter dir, während du den Abwasch machst. Da wartet er zusammen mit der Katze hinter dem Vorhang im Badezimmer auf dich, während du dir die Haare

wäschst. Da legt er sich neben dich auf das breite Doppelbett, um zu schlafen. Du siehst ihn nicht, aber du spürst ständig seine Anwesenheit.

Er weiss, wovor du Angst hast. Manchmal füllt er den ganzen Raum aus. So sehr, dass es dir vorkommt, als gäbe es hier keinen Platz mehr für dich.

Er ist ein toxischer Partner, der dir keine Sekunde Ruhe gönnt. Selbst wenn alles gut

läuft, wird er dir unweigerlich sanft auf die Schulter tippen und flüstern: «Hast du nachgesehen, ob die beiden Häkchen in WhatsApp blau geworden sind? Aha, sie sind nicht blau, und er war vor ein paar Stunden online. Nein, ich will nichts andeuten, aber du kannst das doch selbst verstehen.»

Von toxischen Menschen muss man Abstand nehmen. Und so versuchst du, vor ihm zu fliehen. Wenn es nicht gelingt, sprichst du mit ihm und bringst irgendwelche Argumente vor. Und für ein paar Stunden verstummt er. Aber du weisst ganz genau: Er sitzt genau hier auf dem Stuhl und wird dich niemals verlassen.

Olena Zashko*

*Die Autorin ist Videoreporterin beim «Kyiv Independent». Ihr Lebenspartner ist Soldat im Fronteinsatz. Sie berichtet zusammen mit ihrem Kollegen Francis Farrell aus den Kriegsgebieten. Die Reportagen sind auf Englisch, zwei Beispiele: ein Videobericht aus Kostjantynivka im Donbas: (www.youtube.com/watch?v=DXYbiz-xVg) und ein Film über die Arbeit der ukrainischen Ärzte im Fronteinsatz (www.youtube.com/watch?v=SVxY5ihyVnA).

Die trügerische Stille

Der österreichische Autor Robert Prosser reiste im Februar 2026 in den Südsudan. Er beschreibt in diesem Artikel anhand seiner Begegnungen mit Menschen in Juba, der Hauptstadt des Südsudans, die wirtschaftliche, soziale und politische Situation.

Moses

Knapp über den Palmen jagen Falken durch den Himmel. Bei Einbruch der Nacht, das sei Moses zufolge die wichtigste Regel, verlässt man das umzäunte Hotel nicht mehr. Zwischen den Botschaftsarealen und Ministerien, im Labyrinth der Wellblechhütten, streunen Soldaten umher. Sie sind betrunken, gelangweilt, und seit Monaten nicht bezahlt worden; ausser der Uniform, so Moses, unterscheide sie wenig von den Gangs, die Juba unter sich aufgeteilt haben. «Cash is King», besagt die zweite Regel. Wer Dollar in der Tasche hat, ist im Vorteil. Regel Drei, «Money talks», fungiert im Südsudan als eine Art Stossgebet, dem Dollar wird die Macht zugeschrieben, jegliche Schwierigkeiten bereinigen zu können. Es ist der jüngste Staat der Welt, ein Land mit 64 Stämmen, 64 Sprachen – und einer leidvollen Geschichte. 2011, nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen, wurde die Unabhängigkeit vom Sudan erlangt. Von 2013 bis 2018 dauerte ein Bürgerkrieg an, der mehr als 400.000 Tote forderte. Aktuell flammen die Kämpfe wieder auf, in den nördlichen Bundesstaaten Upper Nile, Unity, besonders in Jonglei, zwischen den Regierungstruppen von Salva Kiir, die vom Stamm der Dinka geprägt ist, und der White Army, einer Miliz der Nuer, die dem ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar nahesteht.

Wie viele andere ist Moses in einem Flüchtlingslager aufgewachsen. Während des Krieges mit dem Sudan waren seine Eltern getrennt worden, die Mutter verschlug es mit den Kindern nach Uganda, der Vater starb früh in Khartoum. Moses hat ihn nie gesehen, er kann sich nur an Telefonate erinnern, eine fremde Stimme am anderen Ende der Leitung. Nach einem IT-Studium kehrte er mit seiner Mutter zurück. Die Hoffnung, sich in Juba eine Existenz als Informatiker aufbauen zu können, erfüllte sich nicht. Es gebe hier kaum eine Möglichkeit, um mit den globalen technologischen Entwicklungen Schritt zu halten, sein Können, sagt er, scheint ihm täglich lückenhafter, überholter. Geld verdient er mitunter als Fixer. In einem der verstreuten Hotels wartet er auf Kundschaft. Mitarbeiter internationaler NGOs steigen hier ab, auf der Durchreise nach Malakal, Wau oder Bentiu, in der Bar treffen einheimische Geschäftsleute auf jene aus Beijing. Moses bietet Kontakte an, Wissen, und seine Dienste als Fahrer. Der weisse Toyota ist auf seine

Mutter registriert. Ihr Posten im Nationalrat verschafft dem Geländewagen eine wertvolle Nummerntafel, der darauf angegebene Buchstabencode hält Moses die Sicherheitskräfte vom Hals. Tagsüber blockieren Polizisten die Hauptstrassen, sie winken Autos, Rikshas oder die Bodas genannten Motorradtaxis zur Seite, der Zustand von Lichtern und Reifen wird kontrolliert, oft ist eine Strafe fällig, bar auf die Hand. Mit derartigen Aktionen holen sie sich einen Ersatz für ihr seit Monaten nicht bezahltes Gehalt. Bei Anbruch des Abends beziehen wiederum Soldaten Stellung am Mittelstreifen. Auch sie stoppen den Verkehr, kassieren Bakshish. Moses aber wird nach einem Blick auf die Nummerntafel durchgelassen, mit der Regierung will man sich nicht anlegen.

Pete

Unter den Gästen der Hotelbar mischen sich ältere, durchtrainierte Typen. Einer von ihnen gerät ins Schwärmen: «Austria, that's Glock!», und Glock biete für einen guten Preis erstaunliche Verlässlichkeit, «you just point and shoot». Er habe tausende Kugeln mit dieser Waffe verschossen, im Training wie auf Missionen. Pete stammt aus Newcastle. Als Soldat war er im Irak und in Afghanistan, seit drei Jahren ist er als Security für die britische Botschaft tätig. Er nützt das Gym des Hotels, gelegentlich bleibt er auf einen Drink. Mehr Sozialleben habe er nicht. Zwar könne man jedes Wochenende Parties feiern, mit Champagner und DJs, oder Kurse zu Yoga oder Aquarellmalerei besuchen. Die Realität aber sei eine andere, der Wohlstand eine Illusion für die Westler. Seine Arbeit bedeute, diese Illusion für jene Politiker und Unternehmer aufrecht zu halten, die durch Einladung der Botschaft in den Südsudan reisen. Sicher, als Whiteface habe man in Juba Möglichkeiten, solange man sich vorsichtig verhält: Nichts und niemanden ungefragt fotografieren, keine unnötige Aufmerksamkeit auf sich ziehen, besonders nicht von den Zivilbeamten des Nationalen Sicherheitsdienstes, und auch wenn die Parties verlockend wären, müsse man darauf achten, früh genug zuhause zu sein. Moses' erste Regel, die treffe zu. Nach seiner Ankunft, da wollte Pete es wissen. Bis Mitternacht war er unterwegs; zwei, drei Mal, dann liess er diese Dummheit wieder bleiben. Alles kann dir passieren, Entführung, Raub, Mord, und alles passiert auch tatsächlich, wegen fünf Dollar, wegen einem Smartphone. Verrückt sei es hier; anders als in solchen Phrasen kann man als Fremder dem Südsudan vielleicht gar nicht beikommen.

In der Nacht fallen vor dem Hotel zwei Schüsse, schnell aufeinander. Stille in dem umliegenden Strassen, auch in der Bar wird die Anlage abgedreht. Alle lauschen, warten ab. Von fern dringen Rufe, erst später sind Sirenen zu hören.

Das Öl bringt Krieg und Armut

Montag, Mittwoch und Freitag riegeeln Soldaten die Gegend um Parlament und Gericht grossflächig ab, Pickup-Trucks mit schweren Maschinengewehren positionieren sich an den Kreuzungen. Dreimal wöchentlich wird Riek Machar der Prozess gemacht. Seit mehr als einem Jahr steht der Gegenspieler von Präsident Kiir unter Hausarrest, die Anklage lautet unter anderem auf Staatsverrat und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Bewaffnete lungern im Schatten eines Baums. Es gebe, sagt Moses, zu viele Einheiten, sie lassen sich nicht mehr unterscheiden. Ähnlich sei es mit den NGOs. Er deutet auf die weissen SUVs, Geländewagen wie sein eigener, die über Sandstrassen die Absperrungen zu umfahren versuchen. An den Türen die Embleme verschiedenster UN-Behörden, die Logos von «Christian Relief Fund», ICRC, «Mission Aviation Fellowship». Alle sind sie da, sagt Moses.

In Rock City, einem Viertel am Stadtberg Jebel Kujur, wird die neue US-Botschaft errichtet. Eine Festung von enormem Ausmass wächst zwischen den Hütten heran, von einer meterhohen Mauer umgeben. Trump, so ein in Juba kursierender Witz, plane, von Mar-a-Lago hierher zu siedeln. Der Botschaftsbau dient als Zeichen der Präsenz, der Südsudan hat zu viel Öl, als dass man ihn beispielsweise China überlassen würde. Das Öl sorgt für 90 Prozent der Staatseinnahmen, finanziert Kiirs Sicherheitsapparat wie auch Machars Milizen. Während das Gros der Bevölkerung in Armut lebt, kursieren Milliarden Dollar an Darlehen und Schmiergeld. Zu wichtigen Investoren zählen mit Stand 2023 die Deutsche Bank, Crédit Agricole und Intesa Sanpaolo, sie halten Beteiligungen an Konsortien, die wiederum von der «Chinese National Petroleum Company» (CNPC) und der indischen «Oil & Natural Gas Corporation» gebildet werden. Um Moses zu zitieren: Alle sind sie da. Bis 2003 war die OMV-Aktiengesellschaft, der österreichische Erdöl-, Erdgas- und Petrochemiekonzern, gemeinsam mit Petronas und Lundin Oil AB aktiv, zog sich aus dem operativen Geschäft aber zurück, als die Verbrechen aufgedeckt wurden, die die Exploration erst ermöglichten. (2025 wurde ein entsprechendes Verfahren gegen die damaligen Verantwortlichen von der Staatsanwaltschaft Wien eingestellt, da man ihnen das Wissen um die Tätigkeiten des Militärs nicht zweifelsfrei nachweisen konnte.) Niedergemachte Dörfer, deren Bewohner ermordet oder vertrieben worden sind, verbrannte Ernten und vergiftete Brunnen: Die Taktik, systematisch jegliche zivile Struktur zu zerstören, bedingt einen seit Jahrzehnten andauernden Kreislauf an Gewalt. Die Pipelines führen durch den Sudan, am Öl schneiden auch die dortigen Herrscher mit. Der Export aber wird seit Ausbruch des Sudan-Krieges schwieriger. Dass die Soldaten und Polizisten keinen Lohn mehr erhalten, kann ein Hinweis auf schwindende Gewinne sein. Kiir benötigt weitere Ölfelder; in Jonglei, dem gerade

umkämpften Gebiet, werden riesige Vorkommen vermutet.

Ein neuer, das ganze Land erfassender Bürgerkrieg liegt in der Luft. Die White Army versuche, auf Juba vorzurücken, verkünden die Radionachrichten. In den Zeitungen, den Sozialen Medien, übertrumpfen sich die Milizführer, wie Hühner werde man die Gegner abschlagen. Aus Jonglei wurden bisher mehr als 280.000 Menschen vertrieben, zusätzlich zu den rund 900.000, die vor der Katastrophe in Darfur über die Grenze flohen. Nicht nur deshalb ist die Lage äusserst angespannt. Letztes Jahr ordnete Trump einen Stopp der Auslandshilfen von USAID (United States Agency for International Development) an. Das Öl ist die eine Sache, das humanitäre Engagement eine andere. Der Behörde standen jährlich 40 bis 60 Milliarden Dollar zur Verfügung, es war das massgebliche Instrument der US-amerikanischen Soft Power, um Spitäler aufzubauen, HIV-Programme umzusetzen. Die Einsparungen könnten Schätzungen zufolge bis 2030 weltweit zu mindestens 14 Millionen Todesfällen führen. Im Südsudan sind die Auswirkungen bereits ersichtlich. Die Leistungen, die eigentlich ein funktionierender Staat übernehmen sollte, werden von «Ärzte ohne Grenzen» oder dem «World Food Program» erbracht, ein Grossteil der Bevölkerung ist auf die humanitäre Hilfe angewiesen, um an Lebensmittel oder medizinische Versorgung zu gelangen. Jetzt fehlt vielen dieser Organisationen das Budget, um die nötige Arbeit aufrecht zu halten.

Ein Flüchtlingslager

Auch «Women For Change», eine nationale NGO, wurde von USAID unterstützt. Im Fokus stehen vertriebene, geflohene Frauen, die Kriegswitwen. Ihnen eine sichere Lebensgrundlage zu bieten, dieser Aufgabe sieht sich Anna Tazita verpflichtet. Vor zehn Jahren hat sie WFC gegründet. Kleine Schritte, sagt sie, daraus bestehe ihre Tätigkeit. Anders als durch kleine Schritte lassen sich die Verhältnisse kaum ändern. Die fünf Standorte von WFC mussten auf drei reduziert werden. Einer liegt am südlichen Rand Jubas, im UN HOUSE, einem Camp für IDPs (Internally Displaced People). Im Busch, der sich bis zum Horizont erstreckt, ist es fast nicht auszumachen. Die Nummerntafel von Moses würde hier für Schwierigkeiten sorgen. Mehr als 30.000 Menschen leben im Camp, grossenteils gehören sie der Volksgruppe der Nuer an, Machars Stamm, die Regierung stellt den Feind dar. WFC aber hat eine Nummerntafel zu bieten, die geduldet wird. Am Eingang ein Checkpoint. Ein Junge von etwa fünfzehn Jahren wirft einen Blick in das Auto, er kontrolliert den Kofferraum, winkt dann weiter. Kinder umringen ein Feuer, das sie neben der Staubpiste aus dem weit verstreuten Müll entzündet haben. Am Tor zur Niederlassung von WFC steht ein Schild mit der Aufschrift «Women and Girls Friendly Space», dazu die Logos von UNHCR und Irish Aid, einstigen Partnern, die die Zusammenarbeit wegen der Budgetkürzungen beendet haben. Das Team konzentriert sich darauf, mit den verbleibenden Mitteln eine gewisse Unabhängigkeit zu gewährleisten. Die Frauen, die in den Stützpunkt kommen, erhalten eine Fri-

sör-Schulung oder stellen Seife her. Vielleicht lässt sich damit am Markt etwas verdienen. Sie nähen, flechten, und haben Gelegenheit, innerhalb der Wellblechwände ungestört miteinander zu reden. Es ist ein sicherer Ort. Auch ihre Ersparnisse, was von den Marktverkäufen nach den Ausgaben für Reis oder Hirse noch bleibt, können sie bei WFC in Verwahrung geben.

In einer Hütte sitzt eine Gruppe aufgeweckter Mädchen, zwischen zwölf und vierzehn Jahre alt. Sie wurden im Lager geboren, sind hier aufgewachsen. Sie stecken Polsterbezüge, währenddessen sprechen die Sozialarbeiterinnen mit ihnen darüber, wie man sich im Labyrinth des Camps bewegt. Sie rufen in Erinnerung, vorsichtig zu sein. Es klingt wie ein Echo der Worte von Pete: Man müsse sich von Gangs fernhalten, man solle keine Aufmerksamkeit erregen. Das Sammeln von Feuerholz wird zunehmend gefährlich. Zuletzt gab es mehrere «Firewood cases», Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen, die ausserhalb des Camps auf der Suche nach Brennholz überfallen worden sind. Beistand könne man dann leisten, durch Gespräche und die Vermittlung medizinischer Hilfe. Als Alternative und eine Art Schutzmassnahme klopft man die staubigen Überreste aus geleerten Kohlesäcken. Das feine Splitterwerk wird zermalmt und mit Sand, Wasser und Maniok-Mehl zu Kugeln geformt, ein recyceltes Heizmaterial. Die Händler haben den Bedarf erkannt, auch für den Staub wird nun Geld verlangt. Über WFC aber kann man – eine weitere Gegenstrategie – kleine Lehmöfen brennen. Bereits zwei Kohlekugeln genügen zum Kochen, es verringert die Wege, die man sonst zurücklegen müsste, um an Holz zu gelangen.

John, ein Mitarbeiter von WFC, floh 2014 während des Bürgerkrieges ins Camp. Er denkt kaum noch an die Rückkehr in sein Dorf, es sei der Ort eines neuen Krieges geworden oder im Besitz einer Ölfirma. Auf schmalen Wegen, zwischen den Hütten hindurch, führt er durchs Lager. Vom Spital, bis letztes Jahr von «International Medical Corps» unterhalten, ist nur die Hebammenstation in Betrieb. Eine Reihe von Latrinen. Zelte, aus Planen oder geflickten Leintüchern errichtet. Manchmal eine Kirche oder eine Schule, grössere Hütten, mit aus Zweigen geflochtenem Dach. Auf einer Sandstrasse rollt ein Konvoi der internationalen Friedens-Truppe UNMISS (United Nations Mission in South Sudan) vorbei. Gepanzerte, weisse Fahrzeuge, hinter den dicken Fenstern Soldaten aus der Mongolei oder Südkorea, sie nicken freundlich. Die Blauhelme haben ihre Patrouillen verstärkt. Bei Nacht kommt es vermehrt zu Überfällen. Bewaffnete dringen in das Lager ein, um das Wenige zu rauben, das es hier gibt. Es ist wie mit den Soldaten und Polizisten, ihren Strassensperren: Man versucht, sich irgendwie einen Vorteil zu verschaffen. Die Armut, die Leere der Tage, das kann einen fertig machen. Es gebe viele Mechanismen, so John, um die desaströse Gegenwart zu bewältigen, und sei es die Flucht in Heroin. Oder in Tramadol, der billigsten Droge. Wie überall in Juba ist das synthetische Opioid auch im Camp leicht zu finden. Man bricht die Kapseln auf, mischt den Inhalt in Limo oder Tee, und für ein paar

Stunden gibt es keinen Hunger mehr, keine Müdigkeit, man spürt die Hitze nicht.

Beidseitig reihen sich Stände, Schneidereien mit Singer-Nähmaschinen, ein Friseurladen, in Töpfen wird Okra gekocht. Ein bisschen hat es sich doch zum Guten gewandt, sagt John. Diese Geschäfte habe es früher nicht gegeben; manche gehören Frauen, die WFC unterstützt. Um etwas zu ändern, brauche es kleine Schritte, sagt Anna, seine Chefin. John weiss aus eigener Erfahrung, wie es sich anfühlt, wenn man nicht einmal dazu fähig ist und keinerlei Schritte machen kann, machen darf. Egal wie klein, es ist ein Weg voran. Das sei der eigentliche Wert seiner Arbeit: Diesen Funken am Leben zu halten, den Glauben, dass man nicht ganz ohnmächtig ist.

Permanente Gefahr

Viele Einheimische, die für eine NGO tätig sind, haben einen ähnlichen Hintergrund wie John. Sie sind Vertriebene, Kriegsüberlebende. Sie haben keine Waffe ergriffen, sich keiner Miliz, keiner Gang angeschlossen, sondern sich für die humanitäre Hilfe entschieden. Wegen der USAID-Kürzung sind nun rund 30.000 von ihnen entlassen worden. In einer Bar unweit des Hotels zerbricht sich eine Bekannte von Moses den Kopf über die eigene Zukunft. Vor wenigen Tagen kehrte Riya aus Jonglei zurück, sie ist auf der Suche nach einer neuen Stelle, nicht zwingend im humanitären Bereich. Denn so gross der Idealismus auch sei, jetzt gelte die zweite Regel: «Cash is King», leider. Für die UN hat sie in einer Krankenstation im Busch gearbeitet und bis zu 500 Dollar monatlich verdient, im Vergleich zum gängigen Lohn von circa 20 Dollar eine hohe Summe, garantiert bezahlt. Riya steht unter Druck: Wie bei vielen Entlassenen stecken aufgrund der verzweigten familiären Verhältnisse auch hinter ihr dutzende Angehörige, die durch das Gehalt mitversorgt worden sind. Der Schock über den Tod eines Kollegen sitzt tief. Kurz vor ihrer Kündigung ist er bei einem Milizangriff erschossen worden. Am Smartphone zeigt Riya ein Foto, sie beide beim Fischen während eines freien Nachmittags. Er in der Strömung eines breiten Flusses, lachend. Sie erzählt vom Busch, von der Weite, in der sich selbst der Weisse Nil verliert. Diesem immensen Land, versichert sie, könne man nur mit Staunen begegnen, trotz allem. Vor dem Lokal kreuzen Soldaten auf. Einer wirkt sediert, vermutlich hat er zu viel Tramadol erwischt. Das Gewehr liegt in seiner Armbeuge, den Lauf nach vorn gerichtet. Moses drängt zum Aufbruch, man müsse los, ehe die Soldaten auf die Idee verfallen, einen abzuführen wegen eines fadenscheinigen Vorwurfs. Und überhaupt, es sei bereits zu spät. Zweihundert Meter sind es bis zum Hotel, aber Moses besteht darauf, das Auto zu nehmen, bei Dunkelheit ist selbst diese geringe Distanz zu gefährlich. Die Häuser und Hütten ringsum, die abzweigenden Pfade, und er deutet auf die Silhouetten von Menschen, kaum zu erkennen: Now they are crazy.

Robert Prosser, Autor*

*Dieser Artikel ist im April in der Tiroler Strassenzeitung 20er und Ende Mai im Spectrum, einer Wochenbeilage der österreichischen Tageszeitung «Die Presse» erschienen. Robert Prosser hat uns angeboten, ihn auch im Archipel zu veröffentlichen. Herzlichen Dank!

Die Abwesenheit von Spiegeln

Rami Abu Reda* (49) lebt mit seiner Frau und vier Kindern in einem Zelt im al-Mawasi-Camp im Süden des Gazastreifens. Die Häuser, die Rami in seinem Beruf als Architekt in Gaza erbaut hatte, sind längst zerstört. Ebenso das eigene, und das davor, das bereits im Jahr 2014 zertrümmert wurde.

Eine schmerzliche Seltsamkeit: Wir haben unsere Gesichter lange nicht gesehen! Nicht, dass wir den Blick in den Spiegel vermeiden würden. Vielmehr: Der Spiegel selbst ist aus den Details unseres Alltags verschwunden. Kein Badezimmer, kein Spiegel über dem Waschbecken. Kein Schlafzimmer mit Spiegelschrank. Kein Hausflur mit Chiffonnier am Eingang, der «uns» im Rahmen hält, willkommen heisst und dran erinnert, dass wir im Leben stehen. In Zuge der permanenten Vertreibungen haben wir das Gesicht verloren, Tage und Wochen damit verbracht, uns mit dem Wasser der Sehnsucht zu waschen, unseren Schweiß mit staubigen Lappen

abzuwischen, unser Haar mit zittrigen Fingern statt mit einer Bürste zu kämmen.

Manchmal vergeht eine ganze Woche, bevor uns vielleicht ein kleiner Taschenspiegel aus einer vergessenen Falte eines Rucksacks in die Hände fällt, du kramst ihn schliesslich hervor, um dich anzusehen – und bist schockiert. Das Gesicht, das dich anstarrt, ist nicht das, das du kennst. Die Bräune deiner Haut ist keine sonnengeküsste, eher eine trockene traurige Kruste. Neue Fältchen sind entstanden, undercover, insgeheim. Und die dunklen Ringe unter unseren Augen sehen aus wie die Schatten unserer müden Zelte.

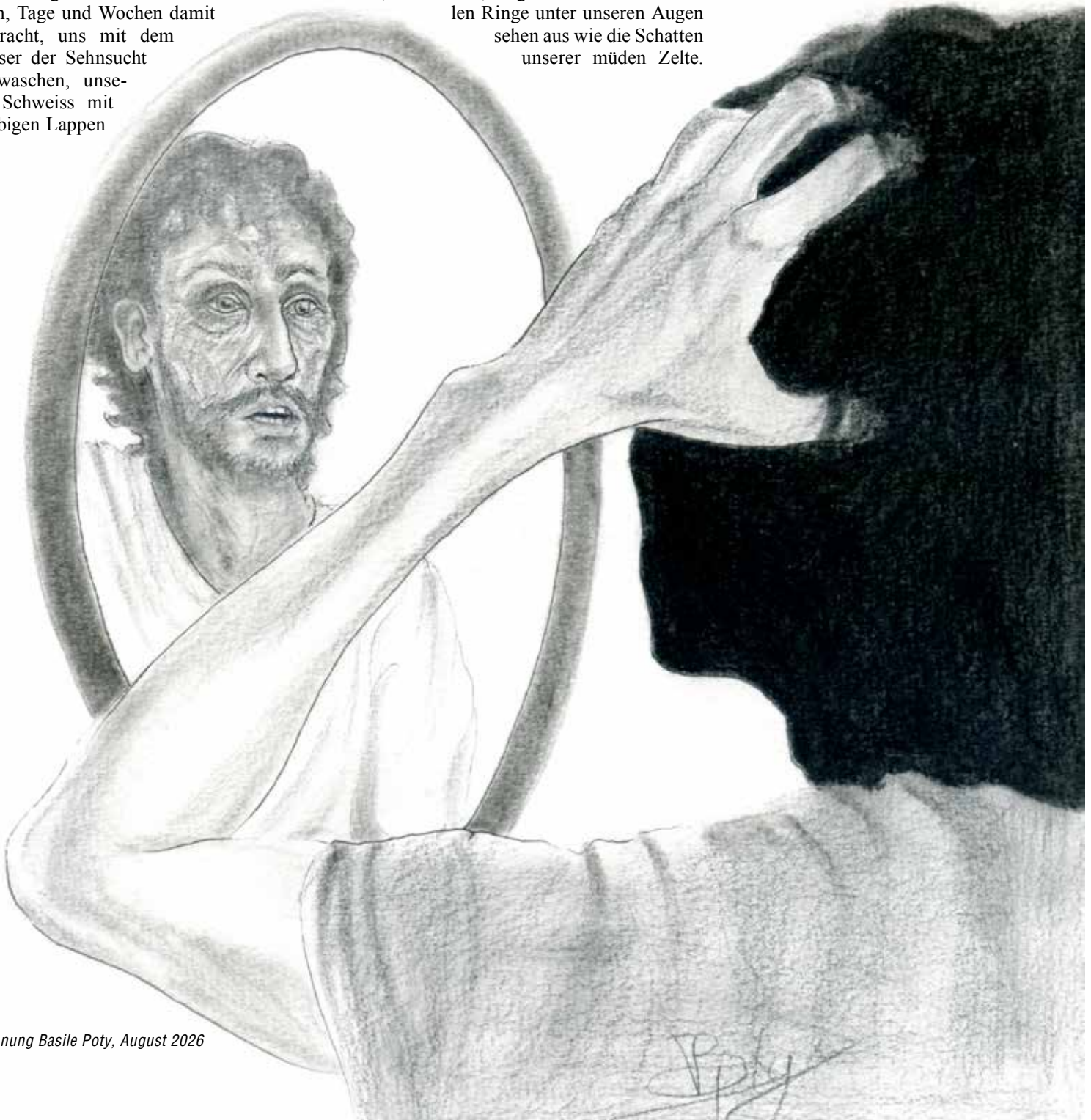
Unsere Gesichtszüge haben sich verändert – als ob der Schmerz uns jeden Tag neu formt. Wir starren uns an und fragen panisch: Was haben wir getan, um so zu enden? Was ist das für ein Krieg, der uns sogar unser Aussehen raubt? Wie wurden wir so? Nicht über die Jahre gealtert – sondern in Trauer.

Spiegel mögen angesichts des Krieges wie unnötiger Luxus erscheinen, aber in Wahrheit sind sie ein Bruchstück Heimat. Als wir unser Zuhause verliessen, wussten wir nicht, dass wir auch die Verbindung zu uns selbst verlieren würden. Und so leben wir jeden Tag, fremd angesichts des eigenen Ichs, sehen es nur gelegentlich – entdecken jedes Mal eine neue Grimasse, ein neues Gesicht, das vom Leben verraten wurde, das aber immer noch versucht zu lächeln.

Wir sind unseren Ichs fremd geworden, und unseren Spiegeln, wenn wir sie nicht längst verloren haben.

Rami Abu Reda

*Rami Abu Reda ist Architekt, aber schreibt (meistens in den Nächten), um der Ohnmacht angesichts des Krieges etwas entgegenzusetzen. Der Text wurde im Oktober 2025 in der Berliner Zeitung veröffentlicht. Der Autor hat uns gebeten, ihn im Archipel zu veröffentlichen.



Die Ausweitung der Grenze

Jeden Tag erreichen uns in unserer Tagesstätte von Kompas71 in Sarajevo Berichte von der kroatischen Seite der Grenze über Flüchtende, die versuchen, die Grenze zu überqueren, indem sie sich in oder unter Lastwagen sowie in Frachtcontainern verstecken.

Viele kommen dabei ums Leben oder erleiden, aufgrund der gefährlichen Bedingungen, schwerwiegende gesundheitliche Schäden. Im letzten Mai ging bei einer Solidaritäts-Hotline ein Anruf von Menschen ein, die in einem Lastwagen gefangen waren und zu ersticken drohten. Später im selben Monat wurden dreizehn Menschen gefunden, die in einem Frachtcontainer eingesperrt waren, nachdem sie die Grenze bei Donji Prilišće überquert hatten. Vier von ihnen waren gestorben, zwei weitere waren vom Ersticken bedroht. Weitere Berichte handelten von Rückführungsaktionen, bei denen Gummigeschosse und Drohnen zum Einsatz kamen. Diese Situationen zeigen, wie restriktiv die Grenzpolitik geworden ist und welchen harten Bedingungen die Flüchtenden ausgesetzt sind, um die Beschränkungen zu umgehen.

Technologische Aufrüstung

Müssten wir ein Bild wählen, um diese letzten drei Monate zu beschreiben, wäre es kein Stacheldrahtzaun. Es wäre eine Karte. Die Grenze der EU entspricht nicht mehr einer einzigen Linie, die zwischen Bosnien und Kroatien gezogen wird. Die Grenze erstreckt sich über Aufnahme- und Gefängnislager, Zollstellen und Flughäfen mit ihren biometrischen Datenbanken, über Konferenzräume, in denen Abkommen zum Grenzmanagement unterzeichnet werden; sie schliesst Technologien ein, die den Grenzbehörden gespendet werden. Sie umfasst Wälder und Orte, die als Abschiebezentren und Orte des unbefristeten Wartens vorgesehen sind. Die Grenze hat sich nicht verschoben; sie breitet sich aus.

Ende April stellten die EU, Deutschland, Italien und die Niederlande der Grenzpolizei von Bosnien-Herzegowina neue Spezialausrüstungen für das Grenzregime zur Verfügung, darunter einen Herzschlaggenerator und ein Überwachungsboot. Diese Investitionen, die als Instrumente zur Verbesserung des Grenzmanagements, zur Verhinderung von Menschenhandel und zur Gewährleistung der Menschenrechte dargestellt werden, spiegeln einen umfassenden europäischen Plan wider, der vollständig auf die Stärkung der Kontrolle über grenzüberschreitende Bewegungen aus-

gerichtet ist. Dieselbe Richtung wurde Anfang Juni von der europäischen Grenzschutzagentur Frontex durch eine Reihe von Initiativen in Bosnien und Herzegowina bestätigt, wodurch die operative Rolle der Agentur in der Region weiter gestärkt wurde. Während des Besuchs des Exekutivdirektors Hans Leijten vereinbarte die Agentur die Übergabe von IT-Ausrüstung an die bosnische Grenzpolizei und verabschiedete eine Absichtserklärung mit EUFOR Althea zur Verbesserung der zivil-militärischen Koordination. Parallel dazu unterzeichnete der Direktor der Grenzpolizei von Bosnien und Herzegowina die Einsatzpläne für die Entsendung von 130 Frontex-Beamten in acht Einheiten der Grenzpolizei. All dies, zusammen mit dem Migrationsgipfel in Budva, der unter dem Vorsitz von Bosnien und Herzegowina im Rahmen der MARRI (Regionale Initiative für Migration, Asyl und Flüchtlinge) organisiert wurde, bestätigt, dass die Zukunft des Migrationsmanagements in der Region zunehmend auf drei Elementen beruhen wird: Technologische Überwachung, operative Zusammenarbeit und Rückführungen.

Der inakzeptable EU-Pakt zu Migration und Asyl trat am 12. Juni in Kraft. Obwohl Bosnien und Herzegowina kein EU-Mitgliedstaat ist, wird er von diesen Entwicklungen direkt betroffen. Als Land, das an einer der wichtigsten Routen in Richtung EU liegt und

über eine mehr als 1.000 km lange Grenze zu Kroatien verfügt, wird Bosnien, im Gegenzug für einen EU-Beitritt, zunehmend in das europäische Migrationsmanagement eingebunden. Die Rolle Bosniens verändert sich: Von einem Land, das in erster Linie als Transitland galt, entwickelt es sich zu einem immer wichtigeren Bestandteil des umfassenderen Migrationskontrollsystems der EU. Neben verschiedenen anderen Regelungen führt der Pakt beschleunigte Grenzverfahren und die biometrische Erfassung über Systeme wie Eurodac ein, oft an abgelegenen Orten. Er ermöglicht zudem die Abschiebung aller angeblich nicht berechtigten Personen. In diesem sich wandelnden Rahmen haben die Diskussionen um Željavo, den ehemaligen jugoslawischen, unterirdischen Militärflugplatz nahe der kroatisch-bosnischen Grenze, an Aufmerksamkeit gewonnen. Die kroatischen Behörden erwägen, an diesem Ort Infrastrukturen zur Bearbeitung von Asylanträgen und zur Durchführung von Inhaftierungsverfahren einzurichten, da er strategisch unmittelbar an einem der wichtigsten Grenzabschnitte liegt, wo Flüchtende versuchen, irregulär in die EU einzureisen.

Nach dem neuen Pakt sollen Personen, welche die Aussengrenzen ohne Genehmigung überqueren, obligatorischen Identifizierungs- und Überprüfungsverfahren unterzogen werden, bevor sie Zugang zu einem Asylverfahren erhalten oder in eine Rückführungsprozedur und eine mögliche Überstellung in einen Drittstaat gezwungen werden. Zwar sind die Pläne für Željavo noch nicht konkret, aber die Debatte selbst offenbart einen bedeutenden Wandel in der europäischen Migrationspolitik: Die Grenze wird zu einem Raum, in dem zukünftige Systeme der Inhaftierung und Rückweisung konzipiert werden.

Kompas71*

*Die zivilgesellschaftliche Initiative Kompas in Sarajevo versorgt monatlich hunderte Migrant:innen. Der Verein betreibt in der Stadt ein Lokal mit Waschmaschinen und Duschen sowie einer Teestube und einem Freeshop und leistet juristische und menschliche Beratung. Das Europäische Bürger:innen Forum unterstützt diese Initiative finanziell.



Ein Ausschnitt von der Pinnwand im Lokal von Kompas.

Archipel
Monatszeitung des
Forum Cívique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Borkanyuka 95
UA-90440 Nischnje Selischtshe
Tel: +380 67 31 27 970
ua@forumcivique.org